

Schneider, Helena

Research Report

Gewerkschaften: Ja bitte, aber ohne mich!

IW-Kurzbericht, No. 80/2018

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Schneider, Helena (2018) : Gewerkschaften: Ja bitte, aber ohne mich!, IW-Kurzbericht, No. 80/2018, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/190815>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

IW-Kurzbericht 80/2018

Gewerkschaften - ja bitte, aber ohne mich!

Helena Schneider

Nur noch 18,5 Prozent der Beschäftigten sind Mitglied einer Gewerkschaft. Rekrutierungsprobleme gibt es vor allem bei jungen und weiblichen Arbeitnehmern sowie Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Paradox erscheint, dass trotz niedriger Beitrittsneigung eine große Mehrheit der Beschäftigten die Vertretung der Arbeitnehmer durch starke Gewerkschaften als wichtig ansieht.

1 Prozent des Bruttomonatsverdiensts an eine Gewerkschaft abzutreten, stellt längst nicht für jeden Arbeitnehmer eine sinnvolle oder notwendige Investition dar – zumal von vielen Vorteilen der Gewerkschaftsarbeit auch ohne Mitgliedschaft profitiert werden kann. Von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelte Löhne werden meist auf alle Beschäftigte eines Betriebs ausgeweitet. Ob man nach Tarif bezahlt wird, hängt also weniger von der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft als von der Tarifbindung des Arbeitgebers ab. Auch die Artikulation von Interessen der Arbeitnehmerschaft auf der politischen Ebene kommt allen Arbeitnehmern zugute unabhängig vom Mitgliedsstatus des Einzelnen.

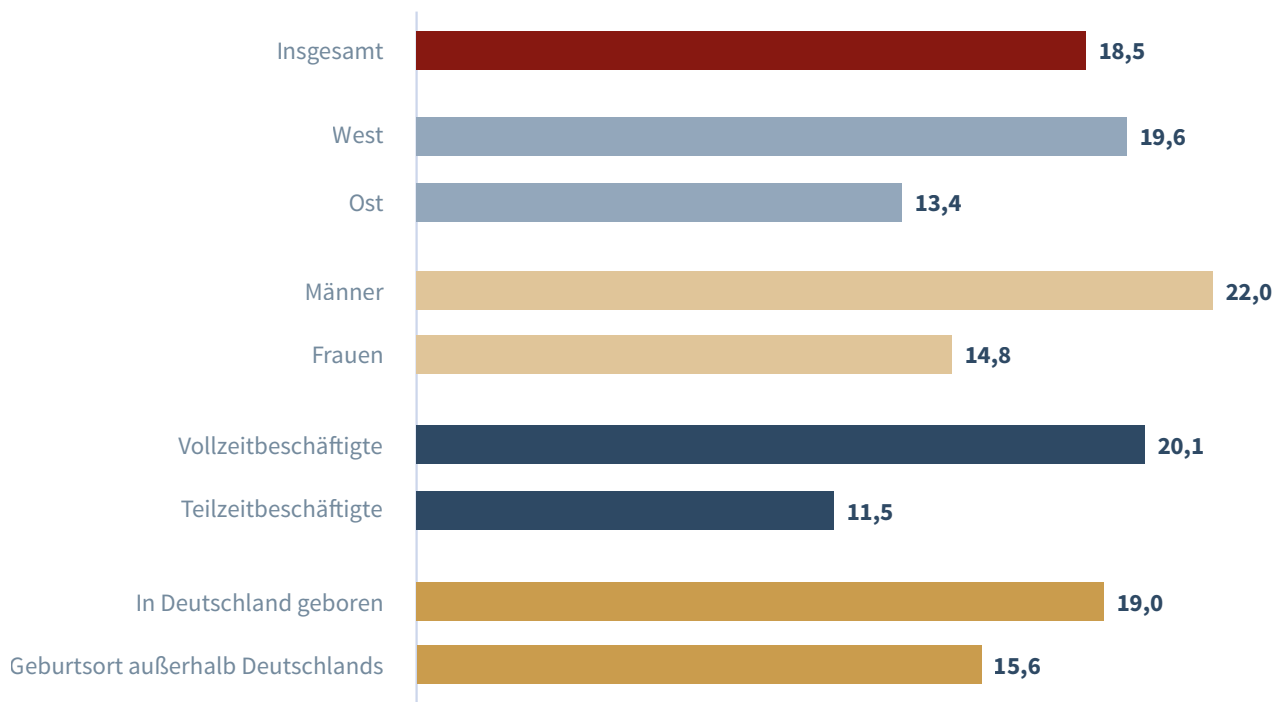
Dass tatsächlich recht viele Arbeitnehmer profitieren, ohne Mitgliedsbeiträge an eine Gewerkschaft zu zahlen, belegen Umfrageergebnisse. So zeigt eine Auswertung des Sozioökonomischen Panels, dass im Jahr 2016 über

die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland nach Tarif bezahlt wurden (Schneider/Vogel, 2018, 5). Gleichzeitig beantworten im Rahmen der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus, 2016) im gleichen Jahr jedoch nur 18,5 Prozent der Arbeitnehmer die Frage „Darf ich Sie fragen, ob sie derzeit Mitglied in einer Gewerkschaft sind?“ mit „Ja, ich bin Mitglied“. In die Berechnung dieses Netto-Organisationsgrads wurden nur aktive Arbeitnehmer einbezogen, die ihren beruflichen Status mit Angestellter, Arbeiter oder Beamter beschreiben. In den letzten 20 Jahren ist der Netto-Organisationsgrad damit um etwa ein Drittel gesunken (Biebeler/Lesch, 2015, 711). Im Vergleich zu den Jahren vor der Wiedervereinigung, in denen stets über 30 Prozent der Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder waren, ist der Rückgang noch deutlicher (Schnabel, 2016, 427).

Werden nicht nur berufstätige Gewerkschaftsmitglieder berücksichtigt, sondern auch gewerkschaftlich organisierte Arbeitslose, Rentner, Hausfrauen und Schüler einbezogen, ergibt sich auf Grundlage des Allbus 2016 ein Brutto-Organisationsgrad von etwa 26 Prozent. Dabei wird deutlich, dass fast ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder nicht erwerbstätig ist. Über 90 Prozent der nicht berufstätigen Gewerkschafter sind Rentner, lediglich 2,4 Prozent arbeitslos.

Gewerkschaften - ja bitte, aber ohne mich!

Anteil der aktiven Gewerkschaftsmitglieder an allen Arbeitnehmern, Angaben in Prozent



Quellen: Allbus, 2016; eigene Berechnungen

Die sinkende Bindungskraft der Gewerkschaften geht mit Rekrutierungsproblemen bei bestimmten Gruppen einher. Während in der Gruppe der 18- bis 30-Jährigen nur 14,5 Prozent angeben, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, sind in der Gruppe der über 50-Jährigen 22,5 Prozent der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Der Alterungsprozess der Gewerkschaften wird auch daran deutlich, dass die über 50-Jährigen an der gesamten Arbeitnehmerschaft lediglich einen Anteil von 34,1 Prozent ausmachen, mit einem Anteil von 41,5 Prozent in den Gewerkschaften jedoch deutlich überrepräsentiert sind. Ähnlich wie bei jungen Arbeitnehmern fällt den Gewerkschaften auch bei Teilzeitbeschäftigten und Migranten die Rekrutierung neuer Mitglieder schwer. Als Migranten werden dabei Beschäftigte angesehen, die außerhalb Deutschlands geboren sind, als Teilzeitbeschäftigte alle Arbeitnehmer, die weniger als 30 Stunden pro Woche arbeiten. Mit gewerkschaftlichen Organisationsgraden von 11,5 Prozent (Teilzeit) und 15,6 Prozent (Migranten) liegen diese beiden Gruppen deutlich unter dem Durchschnittswert von 18,5 Prozent.

Auch bezüglich Geschlecht und Region gibt es deutliche Unterschiede. Während 22 Prozent der Männer gewerkschaftlich organisiert sind, geben nur 14,8 Prozent der Frauen an, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Der Unterschied reduziert sich, wenn nur in Vollzeit beschäftigte Männer und Frauen betrachtet werden (22,2 zu 16,9 Prozent). Dies liegt darin begründet, dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten und gleichzeitig Teilzeitbeschäftigte eine geringere Neigung aufweisen, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Außerdem ist die Organisationsneigung in Westdeutschland mit 19,6 Prozent deutlich stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland (13,4 Prozent).

Ein sinkender Organisationsgrad der Gewerkschaften und Rekrutierungsprobleme bei bestimmten Gruppen lassen vermuten, dass die Gewerkschaften von vielen Arbeitnehmern als wenig bedeutsam angesehen werden. Doch weit gefehlt. Obwohl nur weniger als jeder Fünfte Gewerkschaftsmitglied ist, stimmen knapp 70 Prozent der im Allbus 2016 befragten Beschäftigten der

Aussage zu, dass Arbeitnehmer starke Gewerkschaften brauchen. Eine fehlende Wertschätzung der Institution Gewerkschaft oder Zweifel an deren Existenzberechtigung scheinen somit keine wesentlichen Ursachen für die schwindende gesellschaftliche Verankerung der Gewerkschaften zu sein.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen könnte man das Verhalten vieler Arbeitnehmer als riskantes Kalkül bewerten. Starke Gewerkschaften scheinen von einer großen Mehrheit gebraucht und gewollt zu sein. Sie kann es jedoch nur so lange geben, wie es noch genügend Arbeitnehmer gibt, die sich für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft entscheiden. Denn so determiniert die Mitgliederstärke nicht nur die Überlebensfähigkeit einer Gewerkschaft, sondern bestimmt auch die Verhandlungsmacht in Tarifverhandlungen sowie die politischen Einflussmöglichkeiten. Welcher Organisationsgrad mindestens erforderlich ist, damit Gewerkschaften ausreichend handlungsfähig sind, ist theoretisch offen.

Dass die Mitgliedergewinnung auch in Zukunft kein Selbstläufer wird, lassen unterschiedliche Entwicklungen vermuten. Die Mitgliederwerbung von außen könnte sich vor dem Hintergrund einer schwächelnden SPD als besonders schwierig gestalten, war die SPD doch jahrzehntelang einer der wichtigsten politischen Partner der Gewerkschaften. Die Annäherung an andere Parteien wie beispielsweise die Grünen erscheint als notwendig. Insbesondere wenn beschäftigungspolitische und klimapolitische Interessen wie derzeit beim Konflikt rund um den Hambacher Forst aufeinandertreffen, ist eine solche Koalition jedoch problematisch. Ein Blick auf die Ergebnisse der hessischen Landtagswahlen verdeutlicht zudem, dass innergewerkschaftliche Heterogenität zukünftig auch die Bindung aktueller Mitglieder erschweren kann. Auch wenn mit 28 Prozent noch relativ viele Gewerkschafter SPD wählten, sind auch andere Parteien und damit andere Denkrichtungen stark vertreten. Grünen-, CDU- und AfD-Wähler stellen mit 18 Prozent beziehungsweise 17 Prozent keinen unwesentlichen Teil der Gewerkschafter (DGB, 2018). Trotz dieser Herausforderungen können die relativ stabilen Mitgliederzahlen der letzten Jahre (Anders et al., 2015, 23 f.) als positives Signal und erstes Anzeichen dafür gedeutet

werden, dass sich die Gewerkschaften ihrer Probleme annehmen.

Literatur

Anders, Carsten / Biebeler, Hendrik / Lesch, Hagen, 2015, Gewerkschaftsmitglieder – Mitgliederentwicklung und politische Einflussnahme: Die deutschen Gewerkschaften im Aufbruch?, in: IW-Trends, 42. Jg., Nr. 1, S. 21–36

Biebeler, Hendrik / Lesch, Hagen, 2015, Organisationsdefizite der deutschen Gewerkschaften, in: Wirtschaftsdienst, 95. Jg., Nr. 10, S. 710–715

DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund, 2018, Landtagswahl Hessen 2018: So haben GewerkschafterInnen gewählt, 29.10.2018, <http://www.dgb.de/themen/++co++-615c79ea-db81-11e8-9092-52540088cada> [2.11.2018]

Schnabel, Claus, 2016, Gewerkschaften auf dem Rückzug? Mythen, Fakten und Herausforderungen, Wirtschaftsdienst, 96. Jg., Nr. 6, S. 426–432

Schneider, Helena / Vogel, Sandra, 2018, Tarifbindung der Beschäftigten in Deutschland – Eine Auswertung des Sozioökonomischen Panels, IW-Report, Nr. 15, Köln